"Overseas" Liniment

Mutter's Pflaster ohne Blasen

Hochgradiges Liniment auf dem Markt. Für Rheumatismus, Hexenschuß, Grippe, Frostbeulen und alle anderen Schmerzen. Gemacht in Canada. Zufriedenstellung garantiert oder Geld zurückerstattet. Preis 11 00 franko.

OVERSEAS CHEMICAL CO
Westliche Agentur
P. O. Box 56 903 Main St.
Winnipeg, Man.

Deutsche Steuermaßnahme

Verdienste aus Kriegsmaterial bis zu 45 Prozent besteuert

Berlin, via London. — Die Regierung machte die erwarteten Besteuerungsmaßregeln bekannt; dieselben schließen die Steuern auf Kriegsgewinne der Privatpersonen und Corporationen, sowie auch die indirekten Besteuerungsmaßnahmen ein.

Voranschläge auf die Besteuerung der Kriegsgewinne werden nicht gemacht. In Wirklichkeit ist die Regierung nicht im Stande, die Summe anzugeben, denn die Mehrzahl der Corporationen hat ihre Berichte noch nicht eingesandt. Nur die oberflächlichsten Annahmen im Bezug auf die finanzielle Stellung von Privatpersonen war möglich.

Die Kriegsgewinn-Maßnahmen werden in zwei Abteilungen eingeteilt. Die Abteilung für Privatpersonen nimmt die Form einer aufsteigenden Skala von Eigentumzunahme in den Jahren 1914, 1915, 1916 und 1917 an. Die Steuer beginnt mit 5 Prozent auf die ersten 20,000 Mark, sechs Prozent auf 30,000 und steigt nach und nach zu 25 Prozent für 500,000 Gewinn. Eine direkte Besteuerung des vermehrten Einkommens ist hauptsächlich wegen der Einwendungen der Einzelstaaten fallen gelassen worden, da dieselben sich die Einkommensteuer selbst vorbehalten haben.

Um die verschiedenen Versuche, sich von der Bezahlung der Steuern zu drücken, zu verhindern, wird vorgeschrieben, daß Schenkungen an Kinder und Andere, sowie andere während des Krieges im Auslande angelegte Gelder den Behörden bekannt gegeben werden müssen. Privatpersonen, welche ihre Verdienste in Juwelen, Gemälden und anderen Luxusartikeln angelegt haben, die bisher der Besteuerung entgangen sind, müssen dieselben zum Kaufpreise zurückerstatten. Als eine weitere Maßregel gegen Drückeberger können diejenigen Personen, welche aus dem Lande gehen oder ihr Eigentum in's Ausland senden, ehe die Steuern eingezogen werden, gezwungen werden, bei den Behörden eine genügende Summe zur Deckung der Steuern zu deponieren. Wegen Verletzung der Steuer-Verordnungen kann Gefängnisstrafe auferlegt werden. Die Corporations-Steuer auf Gewinne während der Kriegszeit beginnt mit 10 Prozent auf den weiteren jährlichen Profit während des Krieges, im Vergleiche mit dem Durchschnitte des Profits in der Kriegsperiode, wenn dieser weitere Gewinn zwiei Prozent des Aktien-Kapitals der Corporation nicht übersteigt. Die Steuer steigt bis zu 50 Prozent, wenn die weiteren Gewinne 20 Prozent des Kapitals übersteigen. Diese Beträgen müssen 45 Prozent des weiteren Gewinnes der Staatskasse zufließen lassen. Auswärtige Corporationen bezahlen von 10 bis 45 Prozent von dem weiteren Gewinne. Die Einfuhrsteuer auf Tabak soll beträchtlich erhöht werden. Eine Stampelsteuer wird ebenfalls wieder eingeführt. Dieselbe soll sich auf die Post-, Telegraphen- und Telephonsendungen beziehen.

In einer allgemeinen Erklärung sagt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", daß die neue Maßregel nicht als eine Prüfung der Kriegslasten betrachtet wird, denn die Kriegsschuld wird erst nach Friedensschluß bezahlt werden müssen; doch sollen die Lasten auf die Schuld aus den neuen Quellen gedeckt werden.

Große Aufregung

herrscht im Kongreß der Vereinigten Staaten über die Politik des Präsidenten Wilson, das Reisen amerikanischer Bürger auf bewaffneten Passagier- und Handelsschiffen kriegführender Mächte betreffend

Meinungsstreit zwischen Senator Stone und Präsident Wilson. — Senator Gore's Resolution.

Washington. — Als eine Folge der im Kongreß tobenden Agitation für allgemeine Warnung an Amerikaner, von bewaffneten Handelsschiffen herzugeben, teilte Präsident Wilson Senator Stone, dem Vorsitzer des Senatskomitees für auswärtige Angelegenheiten ein Schreiben zu, worin er sagt, er könne in keine Verkürzung der Rechte amerikanischer Bürger nach irgend einer Seite hin einwilligen.

„Die Ehre und Selbstachtung der Nation sind involviert", schrieb der Präsident —, „wir suchen den Frieden und werden ihn um jeden Preis, außer auf Kosten unserer Ehre, erhalten."

Der Brief kam als Antwort auf ein Schreiben von Senator Stone an den Präsidenten.

Wir veröffentlichen hier Auszüge aus dem Briefe des Präsidenten:

„Mein lieber Herr Senator:

„Ich erkenne Ihren gütigen und offenen Brief warm an und fühle, daß er eine gleich offene Antwort verlangt.

„Sie haben Recht mit der Annahme, daß ich alles in meiner Macht tun werde, um die Vereinigten Staaten aus dem Krieg herauszuhalten. Wir hatten in der Vergangenheit Grund, ihre (der Zentralmächte) gute Absicht oder Loyalität im Zange zu halten und ich für mein Teil bin überzeugt, daß wir auch in der Zukunft keinen haben werden.

„Ich für meinen Teil kann in keine Verkürzung der Rechte amerikanischer Bürger nach irgend einer Seite hin einwilligen. Die Ehre und Selbstachtung der Nation sind involviert. Wir lieben den Frieden und sollen ihn um jeden Preis außer dem unserer Ehre erhalten. Unseren Bürgern zu verbieten, von ihren Rechten Gebrauch zu machen aus Furcht, wir könnten dann in die Lage versetzt werden, dafür einzutreten, wäre wirklich eine tiefe Demütigung.

„Es ist wichtig zu bedenken, daß, sollten wir in diesem Falle Zweckmäßigkeit an die Stelle eines Prinzips setzen, unwiderruflich die Türe geöffnet würde für immer weitere Konzessionen. Tritt man einmal von dem Beharren auf dem Rechte zurück, dann würden sicher viele weiteren Demütigungen folgen, und das ganze feine Gewebe des Völkerrechtes uns unter den Händen verkrumpeln.

„Ich spreche, mein lieber Herr Senator, aus tiefer Ueberzeugung, ohne Erregung, mit klarem Verständnis der hohen Verantwortungen meines Amtes und als Ihr aufrichtiger und ergebener Freund. Sollten wir unglücklicherweise nicht derselben Meinung sein, dann werden wir als Freunde in unseren Ansichten abweichen; aber wo Fragen von solcher Bedeutung wie hier involviert sind, sprechen wir uns, eben weil wir Freunde sind, offen und ohne Rückhalt gegeneinander aus."

Senator Stone's Brief an den Präsidenten lautete in Auszügen:

„Mein lieber Herr Präsident:

„Seit Senator Kern, Herr Flood und ich mit Ihnen am Montag Abend sprachen, befinde ich mich in schwierigerer Lage als seit vielen Monaten. Ich fühlte mich nicht ermächtigt, unsere Unterredung zu wiederholen, aber ich versuchte in Beantwortung zahlreicher Anfragen seitens meiner Kollegen diesen innerhalb der Reserve, die Sie mir auferlegten, im allgemeinen darzulegen, was Ihr Standpunkt sei. Und das tat ich ungefähr mit folgenden Worten:

„Daß, während Sie die Zurückweisung von Herrn Lansings Vorschlag durch Großbritannien tief bedauerten, der Vorschlag für die Entwaffnung von Handelsschiffen der Alliierten unter der Verständigung, daß Deutschland und dessen Verbündete kein Handelsschiff beschießen würden, wenn dasselbe auf Anruf beilegt und nicht versucht zu entkommen, und daß die deutschen Kriegsschiffe nur das zugestandene Recht der Durchsuchung und des Kaperns des Schiffes ausüben und das gekaperte Schiff nicht zerstören würden, ausgenommen unter Umständen, welche die Sicherheit der Passagiere und Besatzung in vernünftigem Sinne gewährleisten, Sie der Ansicht seien, wenn Großbritannien und dessen Alliierten den Vorschlag zurückwiesen und darauf bestünden, ihre Handelsschiffe zu bewaffnen, es dazu unter dem Völkerrecht berechtigt sei. Ferner, Sie würden geneigt sein, bewaffneten Handelsschiffen zu gestatten, aus unseren Häfen zu klarieren; ferner, daß Sie die Idee nicht begünstigten, irgend welche bestimmte Schritte zu tun, um amerikanische Bürger zu warnen, auf bewaffneten Handelsschiffen zu reisen. Noch mehr, daß Sie es als Ihre Pflicht betrachten würden, Deutschland zu strikter Rechenschaft zu ziehen, sollte ein deutsches Kriegsschiff auf ein bewaffnetes Handelsschiff schießen, auf dem amerikanische Bürger Passagiere seien.

„Ich glaube mich berechtigt, Ihnen zu sagen, daß die Mitglieder beider Häuser tief beunruhigt sind über das, was sie lesen und hören. Ich hörte schon davon sprechen, einige sagten, es dürfte doch möglich sein, daß das sogenannte Landesverteidigungsprogramm in gewisser Verbindung mit ebensolchen Situationen stünde, wie sie jetzt bestehen. Ich habe allen, die zu mir kamen, geraten, besonnen zu bleiben; daß diese ganze Sache noch Gegenstand für die Diplomatie sei und daß Sie Ihr Aeußerstes versuchten, um eine friedliche Beilegung herbeizuführen und daß mittlerweile der Kongreß Vorsicht gebrauchen und eine diplomatische Situation nicht verwirren sollte durch irgend ein übereiltes und nicht reiflich erwogenes Handeln.

„Jedoch, die Situation im Kongreß ist derart, daß sie bei vorsichtigen und besonnenen Mitgliedern ein Gefühl tiefer Beunruhigung hervorgerufen hat. Ich fühle, ich sei es Ihnen schuldig, das zu sagen.

„Ich glaube wohl, daß Sie unseren persönlichen Standpunkt in dieser Angelegenheit verstehen. So sehr und so tief ich es hassen würde, wirklich ernstlich mit Ihnen nicht übereinzustimmen, so fühle ich es doch in meiner Auffassung, meiner Pflicht und Verantwortung, schwierig, darin einzuwilligen, daß diese Nation in den Strudel des Weltkrieges hineingerissen werden sollte wegen des unvernünftigen Starrsinns irgend einer der Mächte auf der einen Seite, oder auf der anderen Seite, aus der Unvernunft unserer Bürger, die einer Art moralischen Verrates gegen die Republik gleichkommt, wegwegig ihr Leben auf Schiffen kriegführender Staaten zu riskieren. Ich kann der Ueberzeugung nicht entgehen, daß irgendwas so monströs wäre, daß es sich in keiner Weise verteidigen ließe."

Im Staatsdepartement wurde gesagt, die internationale Lage habe seit vier Tagen gar keine Aenderung erfahren.

Aus Berlin ist noch nichts eingetroffen und Botschafter Graf Bernstorff erklärte, er wisse nicht, wann Deutschlands Antwort auf die amerikanische Forderung um Zusicherungen, daß die neue Methode im Unterseekrieg die im Lusitania- und Arabic-Fall gegebenen Versprechen nicht beeinträchtigen würde, eintreffen würde.

Vertrauliche Mitteilungen aus Berlin gehen dahin, Deutschland würde antworten, diese Versprechen würden gehalten werden, aber sie hätten sich nur auf unbewaffnete feindliche Handelsschiffe bezogen; Berlin werde eine Besprechung der Frage anregen, was unter Defensiv-Bewaffnung zu verstehen sei. Wie weit ein solcher Vorschlag gehen würde, um die zeitige Situation zu ändern, ist unklar; viel hängt von weiterer Information darüber ab, wie bewaffnete britische Kauffahrer deutsche Unterseeboote angegriffen hätten. Ueber diesen Gegenstand ist dokumentarische Information per Post unterwegs von Berlin nach Washington.

Washington. — Der Druck auf Erlaß einer Warnung an Amerikaner von dem Reisen auf bewaffneten Schiffen machte dem Anscheine nach nur wenig Fortschritt. Im Senat verhinderte der republikanische Senator Brandegee durch unter den Regeln erhobene Einwände die Einreichung einer Vorlage und einer Resolution, die beide diesem Zwecke dienen sollten. Senator Gore teilte mit, er werde sie wieder vor den Senat bringen. Vorsitzer Stone vom Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten, der seinen Kollegen gesagt haben soll, er werde mit der Mehrheit gehen, erließ eine Erklärung in der er vor jeglichem Vorgehen des Kongresses warnt, bis die diplomatischen Unterhandlungen des Präsidenten auf dem toten Punkte angekommen seien.

Im Haus kam die Agitation dem Anscheine nach nicht vorwärts, obschon ihre Führer erklärten, es sei nun zu einem Rückzug gekommen. Sie sind, wie gesagt wird, bereit, dem Präsidenten weitere Zeit zur Behandlung der Situation zu geben, ehe sie Gewalt anwenden werden.

Das Komitee für auswärtige Angelegenheiten im Haus machte einteilweises Zugeständnis an die Befürworter eines Einschreitens des Kongresses, indem es das Staatsdepartement um die Zustellung von Beweismaterial für den Erlaß von Verfügungen an britische Handelsschiffe betreffs Bestückung und Verhalten gegenüber Unterseebooten ersuchte. Hiermit verlor Repräsentant McLemores Resolution, die auf Erlaß einer Warnung an amerikanische Reisende und die Zustellung eben dieser Schriftstücke gerichtet ist, eine Anzahl Anhänger, die sich Repräsentant Fosters Resolution zuwandten; die letztere ermächtigt den Präsidenten, eine solche Warnung an Amerikaner zu erlassen.

Präsident Wilsons Widerstand gegen jegliches Einschreiten des Kongresses zur jetzigen Zeit ist unverändert geblieben und in nachdrücklicher Weise zur Kenntnis der Führer beider Häuser gebracht worden. Meldungen, in der Angelegenheit machten sich politische Einflüsse oder die Anhänger des früheren Staatssekretärs Bryan, der wegen der Frage bezüglich der Bewaffnung von Handelsschiffen resignierte, geltend, wurden von allen Seiten in Abrede gestellt.

Das lautere Verlangen nach einer klaren Darlegung der Stellungnahme des Präsidenten hält an. Demselben, die sich am Einschreiten sind, gegen von der Annahme aus, daß der Präsident damit zurückhalte, Deutschland zu zwingen, das ungefährdete Verfahren von bewaffneten Schiffen ohne Warnung zu unterlassen. Man sagt von ihnen heraus, daß die ganze Agitation schnell verschwinden würde, wenn eine Erklärung käme, der Präsident habe seinen unabänderlichen Standpunkt eingenommen.

Es hat eine Bewegung eingesetzt. Vorsitzer Flood, Sprecher Clark und Mehrheitsführer Kitchin zu veranlassen, beim Präsidenten vorzusprechen und ihm die Situation zu erklären, und Senator Flood hat diesen Vorschlag mit anderen Mitgliedern besprochen. Repräsentant Hellin, einer der amerikanischen Vertreter für den Präsidenten, sagte, er habe nach einer Umfrage überzeugt, eine Resolution wie die vorgeschlagene habe keine Aussicht auf Annahme. Sollte aber diese Gefahr vorliegen, so schlägt er vor, den Präsidenten zu einer Ansprache an den Kongreß zu Gunsten einer Erklärung einzuladen.

Senatoren versuchten zu verhindern. Durch die Vertagung erhielt Senator Gore Gelegenheit, seine Resolution und seine Vorlage einzubringen, und nun erwartet eine vielstündige Debatte im Senat darüber.

Das Allgemeinnimmer der Demokraten im Haus hat gestern eine stürmische Szene, als Mitglieder, die gegen eines Einschreitens des Kongresses sind, die Ansicht äußerten, der Präsident sollte von der Stimmung im Haus in Kenntnis gesetzt werden. Repräsentant Hellin erklärte, durch jeder Versuch, eine Resolution gegen den Wunsch des Präsidenten zur Annahme zu bringen, würde mit überwältigender Stimmenmehrheit verworfen und der Präsident im Haus von der Partei unterstützt werden.

Sprecher Clark will heute eine Erklärung erlassen, in der er seine Ansicht, was das Haus tun sollte, darlegen wird.

Washington. — Der erste Versuch, eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche Amerikaner von bestimmten Schiffen kriegführender gewarnt werden, wurde von Senator Brandegee, einem Republikaner unter den Regeln des Senats verhindert.

Senator Gore hatte seine Vorlage eingereicht, durch welche Amerikanern verboten wird, auf solchen Schiffen Passage zu nehmen, und desgleichen eine gemeinsame Resolution, welche die Kenntnahme durch das Haus aber nicht, wie für seine eigene Vorlage, auch die Zustimmung des Präsidenten erforderlich ist.

Senator Gore veröffentlichte eine Erklärung, in welcher er sagte: „Es scheint mir, daß das Staatsschiff gegenwärtig der Brandung gleicht. Ich sage nicht mit Sicherheit, aber ich fürchte, geradewegs der Brandung zu."

In Verbindung mit Gerüchten, daß er mit dem britischen Botschafter Bryce konferierte, ehe er seine Vorlage und Resolution einbrachte, sagte Herr Gore: „Ich habe Herrn Bryce im Januar nicht gesehen. In jener Zeit sprach ich mit ihm über die Vorlage im Bezug auf diesen Gegenstand, die ich damals einführte. Natürlich weiß ich, daß Herr Bryce eine solche Maßregel, wie ich sie vorschlug, befürwortet."

Senator Gore's Resolution lautet wie folgt:

„In Anbetracht, daß eine Anzahl der führenden Mächte der Welt ausgesprochenermaßen in einem Kriege von bedeutender Ausdehnung sich befinden, und

„In Anbetracht, daß die Ver. Staaten gleichfalls mit allen kriegführenden Nationen im Frieden sind, und

„In Anbetracht, daß es der Wunsch der amerikanischen Volkes ist, und es in seinem Interesse liegt, im Frieden mit allen Nationen zu bleiben, und

„In Anbetracht, daß der Präsident der Ansicht seine Beweise dafür bestätigt, daß als Methode, unverteidigte Dampfer beizulegen, die Tätigkeiten von Kriegführenden ist, und

„In Anbetracht, daß das Recht amerikanischer Bürger, auf nichtbewaffneten Schiffen von Kriegführenden zu reisen, erneute Kontrollierung bedarf, und

„In Anbetracht, daß das Recht amerikanischer Bürger, besonders auf bewaffneten Schiffen von Kriegführenden zu reisen, als auf nichtbewaffneten, für den Wert von Leben, ihrer Familien oder Angehörigen, noch für die Unabhängigkeit, Würde oder Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährlich ist, und

„In Anbetracht, daß es der Vorgang mit der Macht bedeutet ist, einzig zu erklären, was die Vorgehung zu sich bildet, einen Krieg mit allen mit der Ehre und dem Wohlergehen der Nation verantwortlichen Mitteln zu verhindern, so ist es

„Beschlossen vom Senat und dem Repräsentantenhaus, daß es die Ansicht des Kongresses ist, als allerer mit der Macht versehen, Krieg zu erklären, daß alle Personen, welche den Ver. Staaten Treue schulden, um ihrer eigenen Sicherheit und der Sicherheit der Ver. Staaten willen, auf die Ausübung ihres Rechtes verzichten, auf irgend einem bewaffneten Schiffe irgend einer kriegführenden Macht zu reisen, einerlei ob ein solches für Angriffs- oder Abwehrzwecke bestimmt ist, und daß es ferner die Ansicht des Kongresses ist, daß weder vom Staatssekretär noch einem unter ihm stehenden Beamten amerikanischen Bürgern, welche auf einem bewaffneten Schiffe einer kriegführenden Macht reisen wollen, Pässe ausgestellt noch erneuert werden sollen."

Washington. — Senator Gore's Erklärung gibt einen fundamentalen Unterschied zwischen einem bewaffneten Schiffe und einem unbewaffneten zu. „Ich beweisle" sagte er, „daß Deutschland sich bereit erklären wird, bewaffneten Handelsschiffen Immunität zuzusichern. Ich glaube nicht, daß die friedliche Meinung in den Ver. Staaten einen Krieg mit Deutschland auf Grund seiner Weigerung, solchen Schiffen Sicherheit zu garantieren, für gerechtfertigt halten würde."

Ansichten über den Unterseebootkrieg im Staatsdepartement in Washington

Washington. — Im Staatsdepartement wurde gesagt, daß während die Ver. Staaten unabänderlich auf dem Recht der Beförderung von Handelsschiffen zu Verteidigungszwecken bestehen, man doch normal, die Stellung eingenommen hätte, daß Amerikaner ohne Gefahr auf Schiffen reisen könnten, welche Befehle erhalten, angriffs vorzugehen. Es wurde angedeutet, daß möglich Seitens unter Umstänge zur Zeit die Behandlung Deutschlands betreffend vertraulicher Informationen, welche deutschen Dampfern zugingen, noch nicht als ausschlaggebend anzusehen. Klarer, die Tatsache, daß sie versucht sich so verhalten, auf der fortwährenden Haltung dieser Regierung einen Einfluß haben werde. Man fühlt in offiziellen Kreisen, daß es sich hier um den Kardinalpunkt der Differenzen handelt, was nämlich der eigentliche Beweggrund der Verwendung der Handelsschiffe sei.

Eine Abschrift der von der britischen Regierung erlassenen geheimen Instruktionen, welche Botschafter Gerard in Berlin empfangen hat und die den Sekretär Lansing für das wichtige Element in der augenblicklichen Situation gehalten wird, ist noch nicht angekommen. Bis zu ihrem Eintreffen wird das Staatsdepartement einen Widergriff von Beschlüssen, deutschen und österreichischen Unterseebooten im Falle der Zerstörung betrachten. Es wurde unterrichtlich erklärt, daß das Departement weder irgendwie nicht handeln werde, bis ihm Amerikaner etwas gutlich an Bord eines Dampfers, welchem Deutschen angegriffen werden kann, daß er zu Angriffszwecken verwendet werden sollte.

Ohne entscheidender Information zu folge sind Anzeichen vorhanden, daß die derzeitige Angreifung der Angriffe Deutschlands in Abrede stellen wird, daß deutsche Handelsschiffe, welche bewaffnet nur zu Verteidigungszwecken bestimmt sind, tatsächlich für den Angriff verwendet werden können. Es sei möglich, daß deutsche Kapitäne instruiert worden seien, auf Unterseebote zu wenden, um Gegenteil, es sei ihnen anbefohlen worden, alles zu tun, um Schiffen aus dem Wege zu gehen, und daß nur, wenn ein feindliches Unterseeboot ohne Warnung wende gemig kommt, um Bomben oder Torpedos anzuwenden, der Gebrauch der Geschütze gestattet ist.

Das Staatsdepartement glaubt, daß die Möglichkeit von Schwierigkeiten infolge der deutschen und österreichischen Unterseeboot-Politik in der Zukunft eine mehr oder minder verhängende ist. Man glaubt, daß die Britischen daraus sehen werden, daß bewaffnete Handelsschiffe, aus denen sich Amerikaner befinden, nicht ohne Warnung angegriffen werden. Diese Annahme wird beeinflußt durch die deutsche Note, welche diese contra und durch die Erklärung des österreichischen Geschäftsträgers, daß die Behörde an der Britischbader so formuliert seien, um die Zerstörung von feindlichen Passagierschiffen zu verhindern, außer es sei bewiesen, daß sie bewaffnet sind.

Zur großen Armee einberufen

Amsterdam, via London. — Die „Kölnische Zeitung" meldet daß in Wilhelmshaven erfolgte Ableben des Contre-Admirals Hennemann und den Tod des Generals von Prittwitz und Gaffron in Brig.

Was der Perle für die Muschel, das ist die Liebe für manches Frauenherz, ihr einziger Schutz, aber auch ihre unheilbare Krankheit.

Einsicht und Selbstbetrug sind die Zwillinge. Wir auf der Wanderung durch das Leben vom richtigen Wege ablenken.

Viele Briefe gehen verloren

Weil der Absender es versäumt, seinen Namen und seine Adresse auf das Kuvert zu schreiben. Gehen Sie hin, indem Sie Ihren Namen und Ihre Adresse auf dieselben drucken lassen. Wenn der Brief an die Person, an welche er adressiert ist, nicht abgeliefert werden kann, wird er Ihnen zurückgesandt.

Wir liefern Ihnen 500 Kuverts

bester Qualität, mit Ihrem Namen und Ihrer Adresse versehen für

Nur $2.50. Bestellen Sie noch heute

Buchdruckerei der Sask. Courier Pub. Co., Ltd.

P. O. Box 505 Regina, Sask.

Nahezu sämtliche, in deutscher Sprache in den Ver. Staaten erscheinende Zeitungen sind jetzt in Canada verboten

Diese Tatsache macht es für die Deutsch-Canadier geradezu unmöglich, eine in deutscher Sprache gedruckte Tageszeitung zu lesen.

Die „Sask. Courier Pub. Co., Ltd." ist der einzige Zeitungsverlag Canadas, der in der Lage ist, dem auf diese Weise entstandenen Bedürfnis abzuhelfen, da unser Verlag

zwei Zeitungen wöchentlich

herausgibt. — Jeder, der wenigstens zweimal wöchentlich neue und zuverlässige Nachrichten von dem Schauplatze des Weltkrieges in klarem, deutschem grossen Druck in erstklassig illustrierten Zeitungen zu lesen wünscht, bestelle außer unserer allgemein bekannten und beliebten grossen 16—24 seitigen Wochenausgabe „Der Courier" noch das an jedem Samstag erscheinende

„Extrablatt"

Kriegs- und Spezialnachrichten des „Courier"

Das „Extrablatt" gelangt an jedem Freitag Abend in Regina zur Versendung und bringt auf wenigstens 4 großen Seiten die neuesten und zuverlässigsten Kriegs- und sonstige Nachrichten und interessante Bilder vom Weltkriege.

Man sende den geringen Betrag für das „Extrablatt" unter Benützung des nachstehenden Bestellscheins sofort ein.

Bestellschein

An das
Extrablatt
P. O. Box 505, Regina, Sask.

Einliegend finden Sie $1.00 wofür Sie mir das „Extrablatt" für 1 Jahr zusenden wollen.

Einliegend finden Sie 50 Cents, wofür Sie mir das „Extrablatt" für 6 Monate zusenden wollen.

(Nicht Gewünschtes bitte zu durchstreichen und Bestellung unter Beilegung des Betrages sofort an uns einzusenden)

Name: .....

Post-Office: .....

Provinz: .....

Ein alter Freund in einem neuen Gewande

BLUE RIBBON TEA

Die Blauverpackung für Tee ist heut so alt, wie die Berge.

Verbesserungen machen immer.

Die größten Teegesellschaften der Welt haben eine neue Methode zur Verpackung des Tees adoptiert — unverfälschlich indem auf Reinlichkeit und absoluten Schutz gegen die nachteiligen klimatischen Wetterverhältnisse.

Das neue Paket besteht aus einem doppelten Umschlage. Einer innern Verpackung dem Pergamentpapier, welches gegen jede Feuchtigkeit schützt, eine äußere Hülle schützt gegen jede Verletzung. Ein perfekter Tee verdient eine perfekte Einpackung, deshalb wird in Zukunft nur die neue Verpackung gebraucht bei jedem Paket.

Ein perfekter Tee verdient eine perfekte Einpackung, deshalb wird in Zukunft nur die neue Verpackung gebraucht bei jedem Paket.

Für unsere Freunde und Leser

haben wir in Verbindung mit den Geschäftsräumen unserer Zeitung ein

Auskunftsbüro, Notariats- und Versicherungsgeschäft

eingerichtet.

Wir besorgen Bürgerpapiere, Heiratslicenzen, Kaufbriefe aller Art, Schecks, Noten, Summ-, Vorschuß-, und Hypothekenversicherung, Notariatsbeglaubigungen, Testamente etc. Nach Beendigung des Krieges werden wir Schiffsfahrkarten verschiedener Linien von und nach Europa zum Verkauf halten.

Prompte und reelle Bedienung ist unser Geschäftsprinzip.

Wer sich wegen Auskunft irgend welcher Art an uns wendet, lege 25c für Stempelung und Deckung der Unkosten sofort bei.

Man adressiere:

Courier, Department R.
P. O. Box 505 Regina, Sask.